

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ...

Die achtspaltige Kompositionelle oder deren Raum kostet 1.- M. einschließlich ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vertrauensvotum für Briand

Fortsetzung der Kammerdebatte

Paris, 25. Mai.

Die heutige Kammer Sitzung beginnt unter wesentlich geringerer Teilnahme des Publikums als die vorhergehenden.

Abg. Lorin setzt darauf keine Betrachtungen über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien fort.

Ministerpräsident Briand unterbricht den Redner und erinnert daran, wie die schweren Unruhen in Oberschlesien entstanden sind.

Dah auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht genommen werden müsse.

In vielen Ländern, die Polen nicht ungünstig gesinnt seien, wolle man verhindern, daß eine unerfahrene Leitung die reichen Industrien vernichte.

Der Abg. Lorin dankt dem Ministerpräsidenten für diese Erklärung und geht schließlich zu dem Reparationsproblem über.

Die Bemerkung des Abgeordneten Lorin, daß die französischen Truppen auch Polen beschützen müßten, veranlaßt

Ministerpräsident Briand

zu der Erklärung, ernste Schwierigkeiten seien in Oberschlesien in dem Augenblick entstanden, in dem Deutschland sich hätte berechtigt glauben können, ein Heer nach Oberschlesien zu entsenden.

Die Nacht am Rhein würde nicht geschwächt; wenn nötig, würde sie angewandt werden.

In der Debatte erhält zuerst das Wort der Abgeordnete Kloß. Kloß trägt Briand, ob er nicht glaube, daß man England schon genug Konzessionen gemacht habe.

die Nacht, es zu zwingen.

Es entsteht wieder große Unruhe, so daß kein Wort des Redners zu verstehen ist. Nachdem Ruhe eingetreten ist, fragt Kloß den Ministerpräsidenten Briand, ob es falls sei, daß die englische Hoffnung gegen die Besetzung des Ruhrgebietes gewesen sei.

Er stelle fest, daß die Regierung wegen der Nichtbezahlung der 12 Milliarden Goldmark keine Sanktionen ergreifen habe.

schlagen. Das sei eine Abänderung des Friedensvertrages, die ohne Zustimmung des Parlaments die Staatsfinanzen beeinträchtige.

Ministerpräsident Briand erwiderte, der Abgeordnete Kloß habe gesagt, die Kammer sei nicht in der Lage, sich über das Abkommen von London auszusprechen.

Das Land denke, daß die Regierung Ruhe haben müsse, um ohne Schwäche arbeiten zu können.

Es entsteht große Unruhe; die Worte von Kloß und Briand werden laut kommentiert.

Er sagt, wenn die Regierung seit 4 Tagen angegriffen werde, dann habe er wohl das Recht, zu verlangen, daß man seine Antwort anhöre.

heute eine Entscheidung

treffen. — Die Regierung denke ihre Pflicht erfüllt zu haben, es sei aber vollkommen berechtigt, daß die Kammer nicht der gleichen Ansicht sei.

Wenn morgen andere kommen, die eine andere Politik machen als die heutige,

eine fühnere Politik,

und die Regierung ihnen den Platz räumen muß, dann sagen Sie das frei heraus!

Die Debatte wird geschlossen. Es werden hierauf zwölf Tagesordnungen eingebracht.

Ministerpräsident Briand nimmt

die Tagesordnung Nr. 10

an, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer betrachtet das von Deutschland angenommene Londoner Abkommen als das Minimum, das die Sicherheit und die Wiederherhebung Frankreichs unerlässlich garantiert.“

Die Abstimmung

Die Kammer stimmt über die Tagesordnung Nr. 10 getrennt ab. Der erste Teil der Tagesordnung, der das von Deutschland angenommene Ultimatum als das Minimum

England für die Aufhebung der Sanktionen

Paris, 26. Mai.

Wie „Deuvre“ mitteilt, hat bei der gestrigen Unterredung mit Briand der englische Botschafter Lord Hardinge wegen der Aufrechterhaltung der Besetzung von Häfen des rechten Rheinufers, also der Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg durch französische und belgische Truppen Vorstellungen erhoben.

Die reaktionäre Verheerung

Die nächsten Wochen werden entscheidend sein für die Durchführung der Entwaffnungsforderungen, insbesondere auch für die Entwaffnung der bairischen Orgesch.

Und diese Hege ist nicht etwa bloß von den Parteien betrieben und von der Regierung Kahr geduldet worden, sondern sie wird von Amts wegen in der tollsten Art gefördert.

Allgemeiner Bericht Nr. 25/21 — Allgemeines

Die allgemeine politische Lage

Das Ereignis des Tages ist die Annahme des feindlichen Ultimatus durch die neue Reichsregierung und den Reichstag.

Aufgabe dieser Berichte ist nur, innerpolitische Erscheinungen zu studieren, und daher auch die Annahme des Ultimatus nur von der innerpolitischen Seite

zu beleuchten. Indes mußte die vorstehende, kurze außenpolitische Betrachtung vorausgeschickt werden, weil gerade die außenpolitische Seite der Frage es ist, die im Innern die Geister in einer bedrohlichen Weise schaltet.

Wer in der letzten Zeit die nordbayerische Presse aufmerksam verfolgt und außerdem mit den verschiedenen Bevölkerungskreisen Fühlung gesucht hat, der konnte feststellen, daß in Franken nicht weniger wie in Altbayern die überwiegende Mehrheit des Volkes bis tief nach links in die Demokraten hinein, ja über diese hinaus, es als eine Selbstverständlichkeit ansah, daß nun endlich die Bahn verlassen werden würde, die uns von Spaß über Versailles—Spaa—Paris geführt hat, und an den zur Führung des Deutschen Reiches berufenen Stellen Männer ersten Ranges, die wirklich Männer, und zwar deutsche Männer sind.

gewissenloser Geld- und machtlüsterner Schurken

den Weg zur Staatskrippe zu ebnen. Schon bisher war ja gerade auch in Franken ein langsames aber sicheres Wiederaufwachen des monarchischen Gefühls, Hand in Hand gehend mit dem Erstarken des nationalen Bewußtseins, festzustellen.

höre. Daß gerade auch diese Stimmung durch die neueste Regierungsmagazine hierzulande verstärkt wird, steht ebenfalls außer Zweifel.

Auf der anderen Seite jubelt die Linke. Vereint steht man wieder einmal die drei feindseligen Geschlechter R. S. P., U. S. P. und K. P. D. Soll ihnen ja doch die Annahme des Ultimatum endlich die heißersehnte Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr und den Sturz der derzeitigen bayerischen Regierung bringen. Dies ihre Hoffnung, die ihre Presse unverhüllt zur Schau trägt. Es zeigt sich wieder einmal, daß, wie hier schon oft betont wurde, sie alle eines Geistes Kinder sind, und daß die R. S. P. und die U. S. P. sich von der K. P. D. vielleicht nur durch die größere Ehrlichkeit — der letzteren — unterscheiden.

Der Kampf für und wider die Einwohnerwehr wird vielleicht bald recht akute Formen annehmen und es ist nicht zu schwarz gemalt, daß eine Entwaffnungsfaktion, jedenfalls im Lande

zum Bürgerkrieg führen würde.

Schon haben — das steht einwandfrei fest — in mehreren fränkischen Städten R. S. P. und U. S. P. D. trotz der gegenseitigen Anfeindung in der Presse eine Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung des Sturzes der Regierung und der Entwaffnung der Einwohnerwehr gebildet. Den bei der Einwohnerwehr befindlichen Mehrheitsparteien fällt hierbei die entscheidende Rolle zu.

Es werden die durch die Annahme des Ultimatum geschaffenen innerpolitischen Gegensätze bei uns letzten Endes vielleicht

zu einem blutigen Ausbruch

führen. Auf der einen Seite, von erstarkendem deutsch-vaterländischem Bewußtsein getragen, die gesamte Bauernschaft nebst dem (zahlenmäßig nicht in Betracht kommenden) Großgrundbesitz, der Großteil der städtischen Bürgerschaft und, allerdings nur zu einem kleinen Teile, die Arbeiterschaft; auf der anderen Seite die ganze Gefolgschaft der sozialdemokratischen Führer aller Richtungen, die, das sei ausdrücklich noch einmal festgestellt, in der Ultimatumfrage auf Seite der Entente stehen; mag das Vaterland auch zugrunde gehen, wenn sie nur ihre innerpolitischen Ziele erreichen. Und als Anhängel dieses Volksteiles der linke Flügel des demokratischen Bürgertums.

So sieht die Zukunft gar düster aus, hoffnungslos aber erst, dies sei pflichtgemäß aus vollster Überzeugung heraus betont, wenn wir,

uns selbst entmannend, unsere Selbstbehauptung aufgeben und, dem Beispiele Berlins folgend, uns durch Seecoring registrieren lassen.

Dann sind auch wir wert, daß wir zugrunde gehen, dann sind wir verlassen vom Heiligen Geiste und unsere Pflichten werden die Worte sein, die der Dichter der „Göttlichen Komödie“ auf die Höllenpforte geschrieben hat: „Laßt alle Hoffnung fahren!“

Kann es eine schlimmere Irreführung geben, als sie in diesem amtlichen Schriftstück getrieben wird, und kann die Regierung wahr es verantworten, daß ihre Polizei in dieser schmierigen, verlogenen Art zum bewaffneten Widerstand gegen die zu erwartenden Anordnungen der Regierung aufreizt? Und diese Regierung wahr findet noch immer die Unterstützung der bürgerlichen Parteien Bayerns!

Das ist die eine Seite der Frage. Auf der anderen Seite zeigt es sich sehr deutlich, von welchem Geiste jene bewaffneten Horden erfüllt sind, um die es sich bei der Entwaffnung handelt und die jetzt wiederum in Oberschlesien auf eigene Faust zu operieren versucht haben. Es sind die rückständigen monarchistischen Elemente, die sich da zusammensuchen. Dafür nur noch einen Beweis. In Neustadt a. O. ist den für Oberschlesien Angeworbenen, wie zuverlässige Zeugen versichern, von den dortigen Kommandostellen erklärt worden:

„Wenn wir hier in Oberschlesien fertig sind, schaffen wir in Deutschland Ordnung. Vor allen Dingen werden wir eine Regierung bilden, welche wieder Ordnung zustande bringt.“

Nun sind wir durchaus nicht geneigt, diese Dinge zu überschätzen. Die deutsche Arbeiterschaft hat sicher schon schwerere Aufgaben gelöst, als mit solchen Banden fertig zu werden. Aber sie muß auf ihrer Hut sein. Die Transporte müssen verhindert werden. Die Regierung aber hat ferner die Pflicht, für die rasche und vollständige Entwaffnung der in Oberschlesien oder sonstwo sich noch herumtreibenden Banden zu sorgen.

Die Hauptsache bleibt die Waffenabgabe der Dr. gesch. in Bayern. Die Nachrichten aus München gehen dahin, daß sich die bayerische Regierung und Herr Eicherich schließlich doch fügen wollen. Wir stehen diesen Nachrichten mit größtem Mißtrauen gegenüber. Jedenfalls ist es Pflicht der bayerischen Arbeiterschaft, sich bereit zu halten, unter Umständen den sehr nötigen Druck auszuüben. Wir meinen, daß es auch an der Zeit wäre, daß die rechtssozialistische Führung in Bayern ihre bisherige Zurückhaltung in dieser Frage aufgibt. Wer auch die übrige Arbeiterschaft hat unter Umständen sehr starke Nachmittel zur Verfügung, um der Forderung, die die überwältigende Majorität Deutschlands gestellt hat, sehr starken Nachdruck zu verleihen. Es ist jedenfalls höchste Zeit, daß die bayerische Reaktion begreift, daß der Versuch, ihre Diktatur dem deutschen Volke aufzuzwingen, an dem ehernen Widerstand der gesamten deutschen Arbeiterschaft sehr rasch zerfallen wird.

Unabhängige und Regierung

Die „Tägliche Rundschau“ bringt die Mitteilung, daß vor einigen Tagen auf Veranlassung des Reichskanzlers Dr. Wittich eine Besprechung zwischen ihm und dem Genossen Dr. Breitfeld stattgefunden habe. Im Verlaufe der Unterredung, in der über die Stellungnahme der Unabhängigen sozialistischen Partei zur Regierung gesprochen worden sei, habe Dr. Breitfeld bezüglich einer etwaigen Unterstützung der Regierung Wittich eine Anzahl bestimmter Forderungen aufgestellt, die hauptsächlich auch auf dem Gebiete der Sozialisierung liegen. Diese Forderung ist natürlich erstunden. Genosse Dr. Breitfeld ist übrigens bereits seit einer ganzen Reihe von Tagen von Berlin abwesend.

Fort mit den Ausnahmegerichten!

Erklärung der U.S.P. im sächsischen Landtag

Anlässlich einer kommunistischen Anfrage im sächsischen Parlament wegen Aufhebung der Dresdener Sondergerichte, zu der die Regierung erklärte, daß sie Sache des Reiches sei, gaben unsere Genossen folgende Erklärung ab:

Die Fraktion der U. S. P. hat durch ihren am 6. April 1921 eingebrachten Antrag unmissverständlich zu erkennen gegeben, daß sie die Herabsetzung über die Bildung außerordentlicher Gerichte vom 29. März 1921 für ungesetzlich und nicht mit den Bestimmungen der Reichsverfassung vereinbar halte. Die Tätigkeit der Sondergerichte hat außerdem den Beweis erbracht, daß diese Gerichte Ausnahmegerichte schlechthin sind

und sich in ihrer Tendenz gegen die gesamte Arbeiterklasse richten. Wir fordern deshalb von der Regierung nach wie vor mit allem Nachdruck, daß sie schnellstens bei der Reichsregierung auf die Aufhebung der unter dem 29. März 1921 ergangenen Verordnung und die Ueberweisung der bei den außerordentlichen Gerichten anhängigen Strafsachen an die ordentlichen Gerichte hinwirft, zweitens unabhängig davon unverzüglich vom Reichsminister der Justiz, wie im § 21 Abs. 1 der angezogenen Verordnung vorgesehen, Aufhebung der für den Freikauf Sachen angeordneten Gerichte zu verlangen.

Interessant war es, daß bei der Behandlung dieser Anfrage die Bürgerlichen vollzählig den Saal verlassen hatten.

„Wie Nahrungsmittel verbilligt werden“

Vom Reichsarbeitsministerium erhalten wir folgende Zuschrift:

Die „Freiheit“ bringt in Nummer 226 einen Artikel „Wie Nahrungsmittel verbilligt werden“, der sich auf den Bericht der Kommission der Bergarbeiterverbände stützt. Sie greift, indem sie einiges herausgreift, das Reichsarbeitsministerium heftig an, es habe bei der Verjorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln die Interessen der Arbeiter schlecht vertreten und den Unternehmern zu Riesengewinnen verholfen. Die „Freiheit“ vergißt aber dabei die wichtigsten Stellen des Berichts, in denen gerade die Tätigkeit dieses Ministeriums besonders anerkannt wird. Es heißt in dem Bericht der Kommission der Bergarbeiterverbände: „Trotzdem die einzelnen Bergbauvereine in der Sorge um Befriedigung der Bergarbeiter stets auf Bewilligung ihrer Forderungen drängten, hat die Rechnungsstelle des Reichsarbeitsministeriums mit großer Sorgfalt die Forderungen geprüft, die oft zurückgewiesen oder auf ein niedrigeres Maß herabgedrückt wurden. Die Kommission hat bereits in ihrem Vorbericht diese große Sorgfalt des Reichsarbeitsministeriums anerkannt. Die Rechnungsstelle des Reichsarbeitsministeriums hat mit großer Entschiedenheit die Interessen der Bergarbeiter bei der Verwendung der Gelder aus dem beiden Fonds gewahrt. Die Kommission hat sich davon überzeugt, daß die Mittel nach den bis jetzt vorliegenden Abrechnungen zur Verbilligung der Lebensmittel und Bekleidungsstücke für die Bergarbeiter ordnungsmäßig Verwendung gefunden haben. Das Reichsarbeitsministerium hat bis zur einwandfreien Rechnungslegung des Jahresverbandes die Anweisung von fast 100 Millionen Mark verweigert, die Kommission kann das nur rückhaltlos billigen.“

Es ist völlig unerschwinglich, wie es möglich ist, dann zu fragen, wie das Reichsarbeitsministerium dazu kam, das für die Bergarbeiter bestimmte Geld „den Unternehmern“ zu überantworten, was das Reichsarbeitsministerium dazu tun will, der Allgemeinen Nahrungsmittel-Import-Compagnie, welche die Geschäfte vermittelte, ihre Riesengewinne wieder abzunehmen usw. Bei der Verjorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln ist das Ministerium mit der größten Sorgfalt vorgegangen, hat die Verbilligung in jeder Weise versucht und die rückhaltlose Anerkennung der Vertreter der Bergarbeiterorganisationen gefunden.

Wir geben diese Zuschrift wieder, behalten aber unserem Mitarbeiter ein Eingehen auf sie vor. Doch wollen wir schon heute feststellen, daß einige Fragen, die in unserem Artikel an das Reichsarbeitsministerium gestellt worden waren, nicht beantwortet worden sind und daß die Antwort des Reichsarbeitsministeriums nicht befreit, daß sich die Unternehmern an dem Ententegeld für die Verlieferung von Nahrungsmitteln außerordentlich bereichert haben. Und das ist das Entscheidende!

Die Sorge vor den Steuern

Der Verband der Vereine Kreditreform äußert sich in seinem Jahresbericht darüber, in „welchem Maße sich die Geschäftswelt den Fesseln der Steuern zu entziehen weiß“ und sagt:

„Ueber gewinnbringende Geschäfte werden keine Schriftstücke mehr gemeldet; man kauft lieber das Risiko, den abgeschlossenen Vertrag nicht erfüllt zu bekommen, als daß man durch Preisgabe der Lattache selbst zu Steuern herangezogen würde; Beiträge werden in andere Gestalt versteuert, um also solche dem Blick der Steuer entzogen zu werden; Geschäfte, die nicht ohne lächerliche Form durchgeführt werden können, wie z. B. Grundstücksverkäufe, werden völlig abgelehnt, da man kein Interesse hat, den Gewinn an den Staat abzugeben. Dadurch droht der natürliche Austausch der Güter. An anderer Stelle ist wieder zu bemerken, daß knauser hohe Ausgaben gemacht werden, weil man keinerlei Interesse hat, zu sparen, um das Ersparte dem Staate hinzugeben. Wer in der Lage ist, seine Ausgaben über Handelskostenkonto zu führen, wußt dieses möglichst zu belasten, um die Gewinnergebnisse zu mindern. Daraus entspringt dann das äppige Leben, das überall Anstoß erregt und das doch wesentlich nicht frivoler Genußsucht den Ursprung verdankt, sondern der Sorge vor den Steuern.“

Angst vor den Steuern leidet auch die Landwirtschaft. Die dem Reichslandbund angeschlossenen landwirtschaftlichen Organisationen Süddeutschlands, haben vor einigen Tagen in Heidelberg zu den Steuergesetzen Stellung genommen. Für das Reichsnotopfer forderten sie, daß unter Hinzuziehung von „Sachverständigen“ bindende Normalertragsätze festgestellt werden. Im Gegensatz dazu lehnten sie bei der Einkommensteuer die Einschätzung auf Grund solcher Normalertragsätze rundweg ab und forderten die individuelle Besteuerung. In beiden Fällen ist das Motto möglichstes Drücken vor der Steuerzahlung überhaupt. Das überlassen die Kapitalisten aller Art den Lohn- und Gehaltsempfängern.

Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität

Bedenkliche Absichten des Räumers

Die trostlose Finanzlage der Gemeinden und ihre Abhängigkeit in der Eröffnung neuer Steuerquellen von Reich und Staat hat dem Bestreben der städtischen Räumerverwaltungen nach Erhöhung der Gebühren bei den städtischen Werken neuen Antrieb gegeben. In ihr erblicken viele kommunale Finanzmänner die Möglichkeit, die Haushalte der Gemeinden ins Gleichgewicht zu bringen. Diese Anschauung ist überaus kurzichtig und unsozial. Sie enthält die Absicht, die breiten Massen der Bevölkerung im vollen Umfange zu den Lasten heranzuziehen, die ohne ihre Schuld durch die ungeheure Belastung der Gemeinden durch den Krieg und durch bürgerliche Mißwirtschaft vor, während und nach dieser Zeit entstanden sind. Ferner aber auch die Absicht, zu einer so drückenden indirekten Steuer zu greifen, wie sie sonst kaum noch zu schaffen ist und die gerade die Leistungsschwächsten am allerstärksten belastet.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat stets anerkannt, daß kommunale Betriebe mögliche Ueberwälzungen, die eine ausreichende Verzinsung des Anlagekapitals darstellen, bringen dürfen. Sie hat es aber immer abgelehnt, die kommunalen Werke als die meckende Kuh für die städtische Finanzwirtschaft zu betrachten.

Nach unserem Dafürhalten liegt zu einer Verringerung dieser Belastung keine Veranlassung vor. Wirtschaftlichkeit der Betriebe muß unter allen Umständen erzielt werden. Durch eine Erhöhung der Gebühren aber das Defizit im Städtischen Haushalt zu decken, liegt weder eine Möglichkeit noch eine ausreichende Rechtfertigung vor.

Wir bringen deshalb den Absichten des neuen Stadtkämmerers von Berlin, der durch eine weitgehende Erhöhung der Gebühren für Gas und Elektrizität große Summen herauszuwirtschaften trachtet, sehr ernste Bedenken entgegen. Ganz abgesehen davon, daß eine Erhöhung der Preise unter Umständen eine so starke Einschränkung des Verbrauchs nach sich ziehen würde, daß Mehreinnahmen für den Stadtkäsel dadurch nicht erzielt würden, darf eine Erhöhung der Gebühren nur in jenem Umfange eintreten, der durch die Kostenpreiserhöhung, die Erhöhung der Frachten usw. gerechtfertigt ist.

Der Räumers von Berlin scheint aber andere Absichten zu haben. Eine Mitteilung des Nachrichtenamtes des Magistrats Berlin betont ausdrücklich, daß die Erhöhung der Werksgebühren durch die Rücksicht auf die Erfordernisse des städtischen Haushaltes geboten sei. Wenn diese Mitteilung ferner sagt, daß die Einnahmen aus den städtischen Werken

in Berlin im Verhältnis zu anderen Städten auffallend niedrig sind, und zwar hauptsächlich wegen des unwirtschaftlichen Betriebes, da zum Beispiel die Alt-Berliner Gaswerke noch immer mit einer verhältnismäßigen Ueberzahl an Arbeitern und Angestellten arbeiten müssen,

so ist das ebenso nur teilweise richtig wie die weitere Behauptung, daß

„die jetzigen Berliner Gas- und Lichtpreise durchaus noch in mittlerer Preishöhe sich halten und zum Beispiel in Königsberg, Kiel, Magdeburg und Breslau schon vor der Erhöhung der Kohlenpreise erheblich höher standen.“

Nach einer Aufstellung der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ waren nämlich im Januar 1921 die Preise für Gas in folgenden Großstädten niedriger als in Berlin:

München, Dresden, Essen, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Hannover, Nürnberg, Stuttgart, Dortmund, Magdeburg, Kassel, Elberfeld, Barmen, Augsburg, Braunschweig, Kehlheim a. K., Lübeck, Wiesbaden.

Die Stadt Berlin hat ferner bisher auch durchaus noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft, ihre Einnahmen auf anderem Wege zu erhöhen. Noch immer sind die Wohnungsluxus, die Hausangestellten- und die Verzinsungsteuer nicht beseitigt. Die Reform der Gewerbesteuer, die viele Millionen bringen könnte, ist noch nicht in Angriff genommen, die Vorlage über die Besteuerung der Luxusautos infolge des Widerstandes des Reiches zurückgestellt, die Besteuerung der Luxusperle und Wagen ebenfalls noch nicht begonnen. Wenn diese Luxussteuern auch alle zusammen nur einige Duzend Millionen bringen werden, so ist es doch völlig unverständlich, daß die Massen erneut in hartem Maße zu den städtischen Lasten herangezogen werden sollen, während die Möglichkeiten zur Besteuerung der Besitzenden nicht, oder nicht ausreichend benützt werden.

Wenn deshalb die Magistratsmitteilung sagt, daß leider mit einer harten Mehrbelastung aller Haushaltungen durch weitere Steigerung der Berliner Preise künftig gerechnet werden muß, wenn eine ordnungsmäßige Haushaltsführung der Stadt endlich wieder erreicht werden soll,

so muß das in erster Linie von den besitzenden Kreisen gelten. Diese haben bisher jedes, auch das kleinste Opfer mit der größten Entschiedenheit und mit den unläutersten Mitteln bekämpft. Sie erblicken ihre Hauptaufgabe in der Vergrößerung der Schwierigkeiten, die die Einheitsgemeinde dank ihrer Politik vorgefunden hat. Sie haben die Befestigung der bisher beschlossenen Steuern zu verhindern gewußt und der Einheitsgemeinde durch ihre unwahre Darstellung der Finanzen den Kredit mit Erfolg zu untergraben gesucht. Sie tragen deshalb in erster Linie die Verantwortung für die dauernde Schädigung der Finanzen der Einheitsgemeinde. Erst wenn sie ausreichend zu den Lasten herangezogen worden sind, kann die Erhöhung der Gebühren für Gas und Elektrizität in Frage kommen.

Herzfelds Glück und Ende

Auf dem Bezirksparteitag der Kommunisten in Schwerin wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Bezirksparteitag stellt der Zentrale anheim, sofort folgenden Antrag zur Durchführung zu bringen: Der Bezirksparteitag fordert die Zentrale auf, sofort von dem Abgeordneten Genossen Herzfeld zu verlangen, daß er sein Mandat und etwaige andere Parteifunktionen niederlege.“

Seitdem Herzfeld nach Halle bei der K. P. D. angelangt war, hat man nichts mehr von ihm gehört. Er fungierte noch als Rechtsbeistand der Neukommunisten bei dem Kampf um die Parteikasse. Dann tauchte er unter. Nun scheint er des Leontentums verdächtig zu sein und der „Reinigung“ anheimzufallen. Ein rühmliches Ende ist das nicht, aber wir sehen Herzfeld ohne Betrübnis und ohne Groll aus der politischen Bewegung der Arbeiterklasse scheiden.

Der Religionsunterricht in der Volksschule

Ein Beschluß des sächsischen Landtages hatte die sächsische Regierung veranlaßt, bei der Reichsregierung dahin vorzulegen zu werden, daß die völlige Entzerrung des Religionsunterrichts aus der Volksschule bald durch Gesetz herbeigeführt werde. Der Reichsminister des Innern hat darauf folgende Antwort gegeben:

„Die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule könnte nur auf dem Wege der verfassungsändernden Gesetzgebung erreicht werden. Ich müßte zunächst der Reichsregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf unterbreiten. Nach Lage der Sache würde dieser mit Sicherheit abgelehnt werden. Auch im Reichsrat und Reichstag, für deren Beschlußfassung die Vorschriften des Artikels 76 der Reichsverfassung maßgebend wären, würde der Gesetzentwurf keine Aussicht auf Annahme haben. Ich bin schon auf Grund dieser Erwägungen nicht in der Lage, dem Antrag zu entsprechen, und sehe daher davon ab, meine eigene Stellung zum Beschluß des sächsischen Landtages sachlich darzulegen.“

Die Auserkennung des Reichsministers kennzeichnet die Situation vollkommen richtig. Die ungesunden Kompromissartikel der Reichsverfassung über die Schule bilden hier in der Tat das Hindernis für jeden Fortschritt und eine treffliche Schanze für die Schulreaktion. Aber gerade darum ist es notwendig, sie im ersten günstigen Augenblick zu beseitigen.

Der Verfasser des Artikels „Wohnungsbaue und Mietssteuer“ in unserer gestrigen Abendausgabe ist Genosse Dr. Freund, Nürnberg. Durch ein technisches Versehen ist der Name fortgeblieben.

Das erste Leipziger Urteil

Der Durchschnittsoldat

Das erste Urteil in den Kriegsverbrecherprozessen ist gefällt. Der zur Verhandlung stehende Fall war allerdings kein ungewöhnlich trauriger. Der Unteroffizier Heynen war der Durchschnittsoldat des preussischen Systems, dem Menschen eben nicht mehr als denkende und fühlende Wesen, sondern als willenlose Werkzeuge der höheren Befehlsgewalt erschienen. Traf dies schon gegenüber den eigenen Volksgenossen zu, um wieviel befreit von allen Skrupeln mußte sich der preussische Unteroffizier den „Feinden“ gegenüber fühlen. Ja, man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß Heynen, oder die tausende Heynen, die ihm gleichen, wie eben ein preussischer Unteroffizier dem anderen, ihre Mißhandlungen wehrloser Gefangener mit dem Bewußtsein einer patriotischen Tat begingen. Das militärische System brachte in die Köpfe, in die es einzog, gewisse Denkfehler. Es beugte den gesunden Menschenverstand, ertötete die Individualität.

Ein entschiedener wichtigerer Repräsentant dieses Systems erschien vor dem Reichsgericht in der Gestalt des Generals von Franke. Dieser Mann und die Leute seines Schlages sind die eigentlichen Schuldigen. Neben ihrer Verantwortung, ihrer beispiellosen Verachtung aller menschlichen Begriffe verblissen die Handlungen des Unteroffiziers Heynen. Hier stand das System in Reinkultur: gewalttätig, brutal, Kadavergehorsam fordernd, dabei borniert weltfremd. Der Schiefling des einzigen Mittel, in ihrem Persönlichkeitsbewußtsein verletzte Menschen zur Reife zu bringen. Das Schlagen von wehrlosen Gefangenen lehnt er nicht ab: „Nehmet das Mittel, laßt sich streiten.“ Warum auch nicht! Wenn auch der Vorkommende, dem wohl selbst etwas peinlich zumute wurde bei dieser zynischen Offenheit, es als die Magna charta des alten Heeres bezeichnete, daß nicht geschlagen werden durfte, so weiß jeder, der preussischer Musketier gewesen ist, daß Magna charta nichts mehr als eine elende Feuchthei war.

Die 10 Monate Gefängnis sind keine allzu harte Sühne für einen Mann, der wehrlose Gefangene mißhandelt und den deutschen Namen geschändet hat. Trotzdem muß man anerkennen, daß die Verhandlung in Leipzig objektiv geführt wurde und daß der die so mancher deutsche Richter entbehrt. Inmitten, vergleicht man die vom Reichsgericht verhängte Strafe und die Handlungen des Heynen etwa mit den sechs Wochen Festungshaft, die der Menschenhinder Oberleutnant Hiller erhielt, so muß man allerdings sagen, daß Hiller sich seine Richter besser ausgewählt hat.

Bei alledem ist es doch tief beschämend, daß erst durch Druck von außen ein Teil der zahlreichen Verbrechen, die im Kriege an Bewohnern der besetzten Gebiete und fremden Kriegsgefangenen begangen wurden, zur Aburteilung kommen. Das republikanische und demokratische Deutschland, wenn es diesen Namen wirklich verdient, hätte längst aus sich heraus, aus eigenem Reinkulturschmerz empfinden, mit den brutalen Gewaltmenschen aufzuräumen müssen.

Das Echo in England

London, 26. Mai. (Reuter.)

Als der General Attorney heute nachmittag im Unterhaus mitteilte, daß Heynen vom Reichsgericht in Leipzig zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, wurde diese Mitteilung von den Abgeordneten mit dem Rufe: das ist eine

Der Stand

des englischen Bergarbeiterstreiks

Am Ende einer jeden Woche wird aus England berichtet, daß der Bergarbeiterstreik in den nächsten Tagen beendet sein werde. Aber Woche auf Woche geht vorüber, ohne daß das Ende des Streiks herbeikommt oder auch nur eine merkliche Veränderung der Lage eintritt. Auch das Eingreifen der Eisenbahnen und Transportarbeiter durch die Weigerung, Auslandskohle zu entladen und zu befördern, hat keine entscheidende Veränderung der Streiklage herbeigeführt, wie nicht nur wir, sondern auch maßgebende Stimmen aus England seinerzeit erwartet haben. Es wird ständig verhandelt, ohne daß Ergebnisse erzielt werden. Besonders das Unternehmertum hält mit außerordentlicher Zähigkeit an seiner Verweigerung jedes Entgegenkommens fest. Dabei ist es deutlich sichtbar, daß das gesamte wirtschaftliche Leben Englands von dem Streik in Mitleidenschaft gezogen wird. Woher es kommt, daß ein Streik von so einschneidender Bedeutung solange ausgedehnt werden kann, ohne daß auf der einen oder anderen Seite die Kräfte schließlich erschöpfen, zeigt eine Darstellung des Londoner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, in der die gegenwärtige Situation folgendermaßen geschildert wird:

Die letzten Monate brachten den Gruben Millionenverluste, die nun, da sich der Staat zurückzog, die Eigentümer tragen mußten. Ist es ein Wunder, daß diese einem Streik selbst von Monaten gewachsen sind? Würde gearbeitet, so wäre die Folge ein Verlust für die Unternehmer oder mindestens ein Ausschleiben von Gewinn. Und das Land, die Industrie, die öffentlichen Anstalten, die Schifffahrt, der Haushalt? Sechs Wochen Kohlenstreik in einem Industriegebiet sind eine ungeheure Belastungsprobe. Die Bergarbeiter verlieren pro Woche rund 5 Millionen Pfund an Löhnen; für die sechs Wochen wird der Verlust des gesamten Landes auf 90 Millionen geschätzt, ungerechnet die Verluste der Eisenbahnen und die Ausgaben militärischer Natur. Es müßten wohl vier bis fünf Millionen Arbeiter sein, die direkt oder indirekt durch den Streik zu leiden haben. Der Verkehr ist auf ein Minimum eingeschränkt. Wie ist es möglich, dies alles ohne häßliche Verzerrung zu ertragen? Es ist möglich, weil die wirtschaftliche Depression dieses Landes so außerordentlich groß ist. Es ist für viele Unternehmer heute beinahe ein Vergnügen, aus Kohlenmangel den Betrieb schließen zu können. Er lohnt sich doch nicht. Die Arbeiter Großbritanniens aber sind von einer Rente, um die man sie beneiden kann. Die Fußballplätze und alle sonstigen Sportstätten waren nie so voll wie jetzt. Das Volk verzehrt sich und wartet. Die Kassen laufen leer. Ein Wunder ist nur die Finanzkraft der Trade Unions. Als der Streik begann, waren viele Bezirke bereits in großer Verlegenheit. Aber die Bergarbeiter haben sich selbst heute, in der siebenten Woche, ganz leidlich. Im Durchschnitt. Andere hungern. Aus der letzten Zeit früherer Monate waren Ersparnisse da. Die öffentliche Wohltätigkeit griff sehr energisch ein, vor allem zu Gunsten der Kinder. Aber dies alles würde nicht ausreichen, das Wunder zu erklären. Es ist so: die Trade Unions leben im arbeitslosen Staat. Es ist so: die Trade Unions leben im arbeitslosen Staat. Es ist so: die Trade Unions leben im arbeitslosen Staat. Es ist so: die Trade Unions leben im arbeitslosen Staat.

Schande, aufgenommen. Unter allgemeinem Beifall fragte Sie Frederick Bonbury: Wird dem Hause Gelegenheit gegeben werden, über die Unangemessenheit dieses Urteils zu verhandeln?

Nummero Zwei

Die gegen den Rechtsanwalt und Hauptmann d. L. Emil Müller aus Karlsruhe gerichtete Anklage lautet ebenfalls auf Gefangenennahmung. Der Antrag des Verteidigers Justizrat Dr. Süßke, einen Bischofswedel aus Darmstadt als Zeugen zu laden, wird von dem Vorsitzenden als ungläublich bezeichnet. Es sei doch wahrlich Zeit genug gewesen, den Antrag früher zu stellen. Den Angeklagten, der sich lässig an einen Stuhl lehnt, fordert der Vorsitzende auf,

eine würdigere Haltung einzunehmen.

Er sagte: „Mir haben gestern hier einen Mann als Angeklagten gehabt, der nicht Ihren Bildungsgrad besitzt und der sich müßighaft benahm.“

Nach der Verlesung der Anklageschrift wendet sich der Vorsitzende mit eindringlichen Worten an den Angeklagten. Er sagt, daß sich ihm aus der Anklageschrift

ein ganz furchtbares Bild aus dem Kriege

gezeigt habe. „Nicht mehr aber war ich erstaunt, als ich sah, wie Sie ansehend ohne jedes menschliche Gefühl, ohne Verständnis des seelischen Leides der Gefangenen Not und Krankheit nicht achteten und selbst dem Tode gegenüber vollständig gefühllos waren.“ (Mit erhobener Stimme fortfahrend: „Wie Sie sich aber dieser Anschuldigung gegenüber benommen haben, das ist mir schwer verständlich. Sie haben sich derart schweren Anschuldigungen gegenüber lediglich dahin verteidigt: Sie erinnern sich nicht mehr. Sie haben sogar auf die Möglichkeit hingewiesen, daß eine Verwechslung bestünde zwischen Ihnen und einem anderen Offizier, von dem nachträglich Gott sei Dank festgestellt werden konnte, daß er vollständig rein ist.“

Der Angeklagte verteidigt sich gegenüber dem Präsidenten, daß er einen anderen habe beschuldigen wollen. Es sei nur sehr schwer, sich nach zwei Jahren an alle Einzelheiten zu erinnern. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er sich ja nicht einmal an die Greuelkzissen erinnern könne und daß er sich nur auf einen einzigen Todesfall besinne, wo Hunderte von Zeugen auslagen könnten, daß in seinem Lager mindestens fünf bis sechs Gefangene täglich gestorben seien. Der Angeklagte erwidert darauf, daß wohl kein Zeuge laien könne, daß mehr als ein Todesfall im Lager vorgekommen sei, als er dort war. Weiter hält der Vorsitzende dem Angeklagten folgende Beschuldigungen vor: Vom April bis Mai 1918 durch schwere Mißhandlungen vorzüglich englische Gefangene und Untergebene gefoltert, geschlagen, körperlich gemißhandelt und in ihrer Gesundheit geschädigt zu haben, Gefangene mit der Peitsche geschlagen und einen Kranken drei Tage lang an einen Nagel haben anbinden lassen. — Angeklagter: „Das war nur einmal der Fall bei einer Gefangenenerworte.“

Vorsitzender: „Sie haben einen Gefangenen auf dem Kopf geschlagen, weil er um Brot bettelte, einen Kranken mit der Peitsche auf das Bein geschlagen.“

einem Diphtheriekranken gewaltsam den Mund aufgerissen

und sind mit der behandelnden Hand in seinen Mund gefahren. Sie haben zahlreiche Unteroffiziere und Mannschaften veranlaßt, englische Gefangene mit der Faust zu schlagen. Sie haben geprügelt, daß ein Feldwebel einen Engländer mit der Faust niederschlug. Sie haben die Gefangenen wiederholt mit Ausdrücken wie „Schwein“ usw. beleidigt. Sie haben Krante zur Arbeit gezwungen und Photographien von ihnen auf der Latrine gemacht. Sie haben einen englischen Gefangenen 24 Stunden lang an einen Baum binden lassen und endlich zahlreiche Soldaten gefoltert und geschlagen.

Der Angeklagte rechtfertigt sich mit den großen Schwierigkeiten, die er im Lager zu überwinden gehabt habe. Die Verhandlung geht weiter.

ziehen. Der wirtschaftliche Tiefstand in England gibt den Unternehmern die Möglichkeit, der Bewegung der Arbeiter mit verschränkten Armen zuzuschauen. Auch die Regierung ist unter diesen Umständen nicht aus ihrer eisernen Ruhe zu bringen. Ein entscheidendes Eingreifen anderer Arbeiterschichten wird durch die gleichen Umstände unmöglich oder, sofern es versucht werden sollte, unwirksam. Die im Kampfe stehenden Gewerkschaften aber müssen auf Kredit leben. Das heißt, sie sind nicht nur gezwungen, ihre Kassenbestände zur Zeit völlig auszugeben, sondern sie müssen auch ihre zukünftigen Einnahmen schon im voraus verbrauchen. Das bedeutet, daß der Streik die Tatkraft der Organisationen auf längere Zeit lähmen wird. Alles das zeigt nur, wie schwierig die Umstände für den Kampf der Arbeiter gegenwärtig in der ganzen Welt sind und wie völlig unfähig die Idee ist, der Niedergang des Wirtschaftslebens müsse die Arbeiterschaft revolutionieren und zum Siege führen. Das große englische Beispiel zeigt, daß es genau umgekehrt ist: Nur unter günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen kann die Arbeiterschaft ihre Kräfte mit Erfolg einsetzen.

Wie lange sich der Bergarbeiterstreik in England unter diesen Umständen noch hinschleppen wird, ist nicht abzuschätzen. Sicher ist indes jetzt, daß es sich nur noch um ein Hinschleppen bis zur Verständigung durch irgendein Kompromiß handeln kann.

Geschäft ist Geschäft

Kommunistische Theorie und Praxis

„Was bedeutet ein Name!“ sagt ein englisches Sprichwort, und die Antwort liegt in der Betonung dieses Spruches: Nichts. Den Kommunisten aber ist der Name alles, besonders der Name ihres alten Parteioberanen Wilhelm Bod in Gotha. „Wilhelm Bod ist ein Verräter“, „Wilhelm Bod muß ausgemerzt werden“, kurz um Wilhelm Bod drehte sich der Kampf, den die Kommunisten vor und nach Halle im Gothaer Lande führten. Sonderbarerweise aber machte die Wut der Kommunisten auf Wilhelm Bod halt vor Wilhelm Bod u. Co., S. m. d. h. Diesen Namen führte der Verlag und die Drucker des von Wilhelm Bod vor Jahrzehnten gegründeten und durch zahlreiche persönliche Opfer und durch große persönliche Mühseligkeit trefflich entwickelten „Gothaer Volksblatt“. Als die Kommunisten uns nach Halle des „Gothaer Volksblatt“ nahen und diesem Organ eine andere politische Firmierung gaben, waren sie durch nichts zu bewegen, die Verlagsfirma W. Bod u. Co. zu ändern. Auch das von Bod gestellte Verlangen, seinen Namen aus der Volksblatt-Verlagsfirma Bod u. Co. zu ziehen, wurde von den Kommunisten abgelehnt. Von Bod selbst wollten sie nichts wissen, ihn zu beschimpfen war höchstes Ziel, aber auf den Firmennamen Bod u. Co., der sich eines guten Rufes in Gotha erfreute, wollten sie nicht verzichten. So, der „verbohrte Name Bod“ ist ihnen derart lieb und wert geworden, daß sie jetzt, nachdem unsere Genossen in Gotha unter der Firma Wilhelm Bod u. Co. Bachem eine neue Druckerlei gegründet haben, um unser Parteiorgan „Gothaer Volksfreund“ herauszugeben, sich an die bürgerlichen Gerichte wandten, um unserm Genossen Bod die Führung seines eigenen Namens in der neuen Denkschrift freizugeben. — Es sind doch fonsche Käuze, diese Kommunisten. Spießbürger im revolutionären Gewande.

Ein Ausnahmegesetz für Kriegsofizer

Zu unserm Artikel unter dieser Bezeichnung in Nr. 196 unseres Blattes schreibt uns das Reichsarbeitsministerium:

Nach einer Entscheidung des Reichsverversicherungsamts erhalten die Empfänger von Kriegselterngeld sowohl die Zulage wie die Beihilfe zu den Renten aus der Invalidenversicherung. Es ist daher nicht richtig, daß einer „alten Kriegsmutter, die nur 11 M. Kriegselterngeld erhält“, die Zulage und Beihilfe verweigert werden können.

Das Gesetz vom 7. April 1921 bezieht sich nicht auf die Rentenzulagen, sondern ist lediglich eine Ergänzung des Beihilfengesetzes vom 26. Dezember 1920. Artikel 1 Nr. 1 bringt eine Vorschrift zugunsten derjenigen Militärrentenempfänger, deren Militärverorgungsgebühren geringer als die Beihilfe zu den Renten aus der Invalidenversicherung sind. Als solche Militärrentenempfänger kommen hauptsächlich in Betracht die sogenannten Altrentner, die auf Grund der alten Militärverorgungsgebühren Ansprüche haben.

Die Vorschrift des Zulagen-Gesetzes vom 20. Mai 1920, daß Empfänger einer Militärrente von mehr als 66% Prozent die Zulage zur Invalidenrente nicht erhalten sollten, ist jederzeit auf ausdrücklichen Wunsch des Reichstags in das Gesetz aufgenommen worden, weil nur für die bedürftigsten Invalidenrentner, denen außer ihrer Invalidenrente keine sonstigen wesentlichen Unterhaltungen zustanden, durch Gewährung einer Zulage eine besondere Fürsorge getroffen werden sollte.

Der Artikel, auf den diese Zuschrift des Reichsarbeitsministeriums Bezug nimmt, war uns vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten zugegangen, der sich ausdrücklich auf Fälle aus der Praxis bezog. Es ist sehr wohl möglich, daß die Praxis anders aussieht, als die Auslegung, die das Ministerium oben den gesetzlichen Bestimmungen gibt. Der Reichsbund wäre denn auch verpflichtet, solche Fälle im Interesse der Kriegsofizer aufzuheben. Bisherlich tragen diese Darlegungen des Ministeriums denn auch dazu bei, daß das Gesetz in der Praxis in dem oben dargestellten Sinne angewendet wird. Der Grund für solche Widerprüche liegt jedoch darin, daß man aus lauter Anständigkeit gegenüber den Opfern des Massenmordes die Versorgungsgebühren so kompliziert und undurchsichtig wie möglich gestaltet, damit nicht etwa einmal ein armer Krüppel einige Pfennige zu viel bekommt.

Auflieder-Verwertungsstelle und ihr Betriebsrat

Von dem Betriebsrat der A. B. S. ist gegen die Geschäftsleitung der A. B. S. eine Nachprüfung der Geschäftsvorgänge durch das Reichswirtschaftsministerium, bzw. durch die Reichskredit- und Kontrollstelle verlangt worden, weil der Betriebsrat auf Grund der ihm bekannt gewordenen Geschäftsvorgänge eine Wirtschaftlichkeit des Betriebes nicht erblicken konnte. Das Reich vor weiteren Verleuten zu schützen und den Verkauf der Bestände in der bisherigen unwirtschaftlichen Weise zu verhindern, zu erwirken, daß die Bestände in erster Linie denjenigen Stellen des Reiches zugeführt werden, welche hierzu berufen sind, ihre Verchiebung nach dem Ausland zu verhindern, die Arbeitnehmer nicht in Massen der Erwerbslosigkeit zuzuführen, sondern einen jagemäßen, allmählichen Wobau herbeizuführen, diese Gründe hatten den Betriebsrat zu seinem Vorgehen veranlaßt. Was tut nun aber die Geschäftsleitung? Mitten in der Reaktion wird der ihr unangenehm gewordene gesamte Betriebsrat frißlos entlassen! Durch diese Maßnahme können die Revisoren durch den Betriebsrat mit den erforderlichen Richtlinien nicht mehr versehen werden, was im Interesse der Klärung der Sache von höchster Wichtigkeit gewesen wäre.

Eine Geschäftsleitung, die ein Interesse daran hat, die Sachlage geklärt zu erhalten, würde auch nicht in solcher Weise verfahren.

Amerikas Politik

Keine weiteren Kredite an Frankreich

EM. London, 26. Mai.

In einer neuen Rede erklärte Präsident Harding, Washingtoner Meldungen zufolge, daß die alle Politik der Vereinigten Staaten, sich den Verwicklungen der Mitteln Welt fernzuhalten, undurchführbar sei. Was ein Jahrhundert lang möglich war, sei jetzt unmöglich, Amerika müsse damit rechnen, daß es weder jetzt noch künftig einen kollektiven Standpunkt einnehmen könne.

Die amerikanischen Blätter melden, daß die amerikanische Regierung nicht die Absicht habe, Frankreich weitere Kredite oder Zuschüsse zuzubilligen, wenn nicht gleichzeitig die Sicherheit gegeben werde, daß diese Beträge in Einklang mit den amerikanischen Interessen verwendet werden.

Die Niederlage der italienischen Kommunisten

Nach der Parteispaltung in Livorno behaupteten die Kommunisten fortgesetzt, daß sie, obgleich ihre Stimmen dort zu den Stimmen der Sozialisten wie 1 zu 2 standen, die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich hätten. Nun haben die Wahlen nicht einmal das Verhältnis von Livorno bestätigt, sondern die Kommunisten zu den Sozialisten in ein Verhältnis von 1 zu 10 hinabgedrückt. Einige Wahlergebnisse mögen die kommunistische Niederlage verdeutlichen: Der erste sozialistische Gewählte in Mailand hat 251 539 Stimmen erhalten, der erste kommunistische 21 006. In Novara sind 18 741 Kommunisten gegen 73 043 Sozialisten, in Mantova 13 808 gegen 70 073 in Venedig 2866 gegen 49 894, in Siena — in der kommunistischen Toskana! — 8015 gegen 57 933, in Bologna 21 324 gegen 108 722.

Der englisch-russische Handel. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt, daß seit Abschluß des Handelsabkommens mit Rußland im April und Mai kritische Waren im Werte von zwei Millionen Pfund Sterling von der Zentral-Rußland-Kooperativen-Gesellschaft gekauft wurden, davon waren trotz der Kohlenbeschwerden bis zum 23. April für 500 000 Pfund verschifft worden.

Tagung der Bürgerräte. Am 11. und 12. Juni d. J. findet in München die diesjährige Bundesversammlung der deutschen Bürgerräte statt. Auf dem Programm der Versammlung stehen Erörterungen über die soziale Frage, über kommunalpolitische Aufgaben und über die kommunistische Bewegung. Wenn man die reaktionären Tendenzen der Bürgerräte nicht bereinigen würde, so würde die Wahl des Tagungsortes jeden Zweifel über die Absichten der Herren beseitigen.

Aufhebung des Reichskommissariats für Erwerbslosenfürsorge. Mit Rücksicht auf die Erleichterung der Erwerbslosenfürsorge ist das in Düsseldorf bestehende Reichskommissariat für Erwerbslosenfürsorge aufgelöst worden. Soweit die Erträge unter dem Reichswirtschaftsministerium einer besonderen Behandlung bedürfen, werden sie in Zukunft durch das Reichskommissariat für die Eigenwirtschaft erledigt werden.

Arbeiterport

Arbeiter-Kadaver-Band 'Solidarität'. Führung: Schürmann. Heute Freitag, abends 7 Uhr, Rungel, 7. Zentralrat: Sitzung. Erscheinen ist Pflicht.

am Hauptingang bei dem Bresturmort von Nichte, Tg. Weger. Die jugendlichen Turner und Turnerinnen treffen sich samstags 11 Uhr, Kohlenhof.

Parteiveranstaltungen

U. S. V. 2. Bezirksrat und Gewerkschaftsmitglieder der Kaufmannschaft. Am Freitag, den 20. Mai, findet in der Arbeiter-Bildungsstätte, Breite Straße 63, eine Zusammenkunft statt.

Bereinskalender

Sonnabend, 28. Mai. Kriegsbeschädigte. Abends 7 Uhr Zusammenkunft der beim Kriegstun Hilfen Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsopfer und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Theater und Vergnügungen. Volksbühne Antigone. Neues Volkstheater. Die St. Jakobsfahrt. Staatstheater. Deutsches Theater. Berliner Theater: DAS MILLIARDEN SOUPER.

Wanzen Tod. Teufel. Seit 30 Jahren als stärkstes Radikalmittel bekannt. Hosenfabrik. Billige Arbeiterstiefel! Schnürschuhe, Paar Mark 35, - Schaffstiefel, Paar Mark 50, -

Wo gibts die billigsten Seifen. Gold-, Silber-, Platin- Seifen. Wir schlagen jeden Rekord! Ratzlaff & Zimmer. Platenstraße 93.

Billige an Wald und Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee bei Tegel. Garantiert über wirkende Radikalmittel gegen Wanzen, Schwaben, Holzwanne, Eselba B, Eselba C, Eselba D.

Wanzen weg, wie Brut. vertilgt restlos nur Kammerlender Berg's Nicoball! Beste Zeit zur Brutvernichtung.

Urban der gute Schuhputz. In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg. Bild eines Mannes, der einen Schuh putzt.

Geschäftsführer. Für eine größere Beteiligung, verbunden mit eigener Druckerei und Kabinen, wird ein tüchtiger Geschäftsführer gesucht.

Spezial-Arzt. Dr. Scotti, Monasterstr. 60-70. Für alle Geschlechts-, Haut-, Nerven-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutsenkungsmittel.

Theodor Storm Meister-Novellen. 434 Seiten Text. Inhaltsverzeichnis: Immensee, Viola tricolor, Im Schloß, Aquis submersus, Garsten Curator, Der Schimmelreiter, Mehrere Gedichte.

Kapitän-Kautabak. wieder reichlicher in der feineren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen.

Distolen. Demnächst erscheint! Kirstein, Platenstr. 50. Bandwurm. Spul- u. Madenwürmer befreit leicht und schnell das unheilvolle Miasma.

Russische Korrespondenz. Demnächst erscheint! Nummer 5. Inhalt: M. Lenin: Die Vorbereitungen und die Behauptung der neuen Politik Sowjet-Rußlands.

Karl Kautsky. Wie der Weltkrieg entstand. Preis 6.- Mark. Buchhandlung 'Freiheit', Berlin C2, Breite Straße 8-9.

Groß-Berlin

Die Frau ist minderwertig

In Leipzig tagte in der Universität der vierte deutsche Richter- tag. Er sprach sich für die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte aus und beschästigte sich dann mit der Frage der Zulassung der Frau zum Richteramt. Die Herren Richter lehnten einen Antrag, die Frau ist zum Richteramt geeignet, gegen fünf Stimmen ab und bekannten sich zu folgender Auf- fassung:

- 1. Die Frau ist zum Berufsrichter ungeeignet.
2. Als Laienrichter in Strafsachen (Schwurgerichte, Schöffengerichte) ist die Frau ungeeignet. Sie ist daher auch in Strafsachen gegen jugendliche Angeklagte im Alter von 14-18 Jahren (Jugendgerichte) als Schöffe un- geeignet. Die Mitwirkung der Frau in diesen Strafsachen ist allerdings erwünscht (!?) und ist durch die Zuziehung der Frau als sachverständige Beraterin mit besonderen, weitgehenden, pro- zessualen Rechten sicherzustellen.
3. Dagegen bestehen keine Bedenken, die Frau anherhalb der Strafrechtspflege auf gewissen Gebieten (wie Arbeitsrecht, Militär- hinterbliebenenversorgung) als Laienrichterin zuzuziehen, wo es sich um Verhandlungsgegenstände handelt, die für das Ge- fühlleben mehr indifferent sind.

Eine weitere Zulassung der Frau zum Richteramt würde eine schwere Gefährdung der Rechtspflege bedeuten. Die Herren Richter sind also sogar gegen die Rechtsprechung der Frau in den Jugendgerichten. Die Männer allein sollen weiter das Privileg behalten, über Kinder und Frauen zu urteilen. Es gibt in der „demokratischen Republik“ keine Gleichberechtigung!! Durch die Mitwirkung der Frau würde — so ist gesagt worden — das Strafrecht verweichlicht werden. In anderen Ländern ist längst die Frau in der Rechtsprechung tätig, und sie bewährt sich ausgezeichnet! In der deutschen Republik soll das alte Unrecht bestehen bleiben. So wollen es die Herren Richter. Einst stritten Kleriker, ob die Frau eine Seele habe. Sie bekannten sich zu der Ansicht, die Frau sei minderwertig. Zu ihr kamen sie, weil zu ihrer Zeit das Privateigentum die Frau auf eine besonders niedrige Stellung und unter die Vormundschaft des Mannes gebracht hatte. Dieser Geist ist noch lange nicht überwunden.

Das Bürgerium ist gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau, und hätte die Revolution den Frauen das Wahlrecht nicht gebracht, so wäre die Frau auch heute noch politisch völlig rechtlos. Auch unter diesen alten Jochspalten soll endlich die Erkenntnis ein- treten, daß die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau eine der ersten Forderungen der Demokratie ist. Die Demokratie läßt man sich nur gefallen, soweit sie den herrschenden Schichten nützlich ist, man läßt sich von den Frauen in die Parlamente wählen; damit hört es denn auch auf. Die Gleichberechtigung verjagt man der Frau. Dabei ist sie gerade auf dem Gebiete des Strafrechts unbedingt notwendig, hier müssen Frauen mitwirken, und es liegt an den Frauen selbst, diese Forderung durchzusetzen. Wenn sie sich in die revolutionäre Bewegung anstellen, wenn sie bei allen Wahlen nur sozialistisch wäh- len, so wird die Gleichberechtigung auch durchgesetzt werden.

Der Plan einer Brandenburgischen Landesbank

Der Brandenburgische Provinziallandtag beschäftigte sich in sei- ner gestrigen Sitzung zunächst mit der Vorlage des Provinzialaus- schusses über die Vereinigung der 3 Provinzial-Hilfskassen zu einer Landesbank. Diese soll auf Grund einer Satzung als öffentliche Bank unter Aufsicht und voller Verbindlichkeit des Provinzialverbandes errichtet werden und ein Betriebskapital von 3 Millionen erhalten. Der Gedanke, eine Landesbank für die Provinz Brandenburg zu errichten, war schon 1910 aufge- taucht und sollte 1914 verwirklicht werden, als der Krieg den Plan unmöglich machte. Erst jetzt hat sich der Plan infolge des steigen- den Geldumlaufes der Provinz zu einer Vorlage verdichtet. Den Beitritt zur Brandenburgischen Girozentrale empfiehlt der Pro-

vinzialauschuss nicht, da die Provinz hierbei ihre Selbständigkeit verlieren und Verbindlichkeiten eingehen würde, die nicht zu übersehen seien. Für den zur Vorberatung der Vorlage eingese- hten Ausschuss berichtete Geheimrat Schlenker-Jauch-Belzig (Bürg. Fr.). Der Ausschuss empfahl die Annahme der Vorlage, befürwortete aber, eine Schädigung der Brandenburgischen Giro- zentrale zu vermeiden, die ohnehin durch den Verlust der Groß- Berliner Vororte wesentlich beeinträchtigt worden sei. Es wurde daher empfohlen, mit der Brandenburgischen Girozentrale zur Vermeidung des Wettbewerbskampfes eine Arbeitsgemeinschaft zu vereinbaren und mit der Einrichtung von Nebenstellen in der Provinz nur nach Fühlung mit den örtlichen Kreis- und Ge- meindebehörden vorzugehen. — Zu der Vorlage war eine große Reihe von telegraphischen Einsprüchen verschiedener Magistrats, Gemeindevorstände und Kreisräte eingegangen, die dringend baten, die Vorlage abzulehnen, da durch sie eine Schädigung der Girozentrale und damit der ihr angeschlossenen Gemeinden usw. eintrete. U. a. protestierten Amis- und Ge- meindevorsteher Kühn (Birtenwerder) und der Gemeindevorstand Komowes. — Landrat von Winterfeldt bat dringend, der Vorlage zuzustimmen; die Provinz habe bereits durch dank- technische Einrichtungen einer Anstalt im letzten Jahre 1 Million erspart. Für die Lösung der Frage sei jetzt die letzte Stunde! — Von sozialdemokratischer Seite wurde Vertagung der Angelegen- heit beantragt und mit großer Mehrheit folgendes beschlossen: „Der Provinziallandtag sieht in dieser Tagung von einer endgültigen Beschlussfassung über die Errichtung einer Landesbank ab und beschließt die Einsetzung eines Sonderausschusses, der die ganze Angelegenheit eingehend prüft und dem nächsten Provinz- iallandtag Bericht erstattet und endgültige Beschlüsse vorberei- tet.“ Zu diesem Ausschuss wurde der bestehende Ausschuss be- stimmt.

Auf Antrag von unabhängiger, sozialdemokratischer und demo- kratischer Seite beschloß der Provinziallandtag einstimmig, die Tagelöhner von 75 auf 100 M. zu erhöhen, und zwar mit rückwirkender Kraft vom Beginn des Haushaltsjahres an.

Im Anschluß an den Bericht der Landesversicherungs- anstalt Brandenburg wurde eine Entschließung angenommen, worin das Staatsministerium ersucht wird, bei der Reichs- regierung dahin zu wirken, daß unverzüglich ein Notgesetz erlassen werde, das den Landesversicherungsanstalten-gestaltete, geeignete Maßnahmen zur Behebung ihrer finanziellen Schwie- rigkeiten zu treffen, damit die bisherigen Einrichtungen dieser Anstalten, insbesondere das Heilverfahren, die Zahnfürsorge usw. fortgeführt werden können, sowie eine den veränderten Zeitver- hältnissen entsprechende Erhöhung des Reichsschulusses zu jeder Rente vorsteht. — Bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Haushalts wurde erneut ein sozialistischer Antrag auf Heranziehung der Gewerkschaften zur Fürsorgeziehung abgelehnt, worauf die Linke den Saal verließ und Beschlussfähigkeit her- beiführte.

Das große Einkommen der Drehorgelspieler

Ein Schwertriebsbeschädigter, der als Drehorgelspieler sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen sucht, bittet uns, mitzuteilen, daß die von der Berliner „Morgenpost“ vor einiger Zeit an- gegebenen hohen Verdienstmöglichkeiten der Drehorgelspieler nicht bestehen. Vielmehr seien die Einnahmen in der Regel so gering, daß sie nur für die Befriedigung der dringendsten Bedürf- nisse ausreichen. Es sei bezeichnend für die „Morgenpost“, die sich so gern als die Zeitung der „kleinen Leute“ gibt, daß sie auf so gemöhnliche Art gegen die ärmsten Volksgenossen Stimmung zu machen sucht. Die „Morgenpost“ hätte, wenn sie wahrheits- gemäß berichten wollte, sich bei unseren Drehorgelspielern selbst unterrichten müssen, oder, was ein noch authentischeres Urteil gefaßt hätte, der Mitarbeiter der „Morgenpost“ hätte ja selbst einmal versuchen können, auf einige Zeit diese Tätigkeit auszu- üben!

Ganz abgesehen von der oftmals schamlosen Ausbeutung durch die Drehorgelerleiher, sind die Kriegsbeschädigten noch vielerlei postrellischen Schikanen ausgesetzt. Strafmandate regnet es nur so. Ebenso erleben die Drehorgelspieler recht oft unergiebliche Szenen mit den Hauswirten. Alles in allem ergibt sich, daß dieser Erwerb so unangenehm wie nur möglich ist und daß, wer ihn ausübt, nur durch die bittere Not dazu veranlaßt wird.

Zu diesem Thema wird uns noch ferner geschrieben:

Der Reichsarbeitsminister sieht sich wieder einmal genötigt, mit einem Schreiben an die Öffentlichkeit zu treten, um dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Daß es dem Herrn Reichsarbeitsminister nicht recht ist, wenn die Tageszeitungen sich mit der Not der Kriegsoffer beschäftigen, ist begreiflich. Das ist

aber noch kein Grund, der Öffentlichkeit mit falschen Angaben aufzuwarren.

Vollkommen unrichtig ist es, wenn behauptet wird, daß „wirklich Kriegsbeschädigte, dank der Tätigkeit der Fürsorge, niemals dar- auf angewiesen sind, zum Betteln oder Elend zu greifen“, wenn selbst die Fürsorge „in besonderen Ausnahmefällen“ Peter- kasten vergibt. Dies geht doch offen aus dem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums an die „Berliner Morgenpost“ hervor, indem es darin wörtlich heißt: „Wenn bisweilen einem Be- schädigten im Fürsorgewege eine Drehorgel gegeben worden ist, so handelte es sich um besondere Ausnahmefälle, in denen die Rentenempfänger so schwer beschädigt waren, daß ihre Unter- bringung im Erwerbsleben sich als unmöglich erwiesen hätte.“

Rückwärtslosigkeit sind die Kriegsoffer ja gewöhnt, aber der- artige Schmeicheleien übersteigen doch alles bisher Dagewesene. Auf der einen Seite hat es der Kriegsbeschädigte angeblich nicht nötig zu betteln, auf der andern gibt man ihm statt einer aus- reichenden Rente — die Drehorgel dazu.

Der Reichsarbeitsminister würde deshalb besser tun, statt Ver- gebung von Drehorgeln in Ausnahmefällen für eine Rente zu sorgen, die wirklich den „Dank des Vaterlandes“ ausdrückt!

Ver spätetes Erscheinen der „Freiheit“

Die gestrige Abendausgabe der „Freiheit“ konnte leider einem großen Teil unserer Abonnenten nicht rechtzeitig zugestellt wer- den, da eine Differenz mit den Stereotypuren die rechtzeitige Herstellung um einige Stunden verzögerte. Obwohl die Druckerei der „Freiheit“ anerkanntermaßen dem technischsten Personal wei- t h ö h e r e L ö h n e zahlt als alle gleichartigen Betriebe Berlins, hatten die Stereotypuren an die Druckerei der „Freiheit“ neue a u h e r z ä h l i c h e Forderungen gestellt.

Da selbstverständlich die Konkurrenzfähigkeit der Druckerei der „Freiheit“ stark eingeschränkt wird, wenn zwischen den Wöhnen, die sie zahlt, und den Löhnen in übrigen Unternehmungen ein großer Abstand besteht, und da ferner Erhöhungen der Löhne der Stereotypuren Erhöhungen der Löhne des übrigen Personals zur Folge haben müßten, konnte die Geschäftsleitung der Druckerei der „Freiheit“ diesem Verlangen nicht nachkommen. Sie erklärte sich jedoch selbstverständlich ohne weiteres bereit, Erhöhungen, die in anderen Unternehmungen zugestanden werden, ebenfalls sofort zu gewähren. Nach mehrstündigen Verhandlungen, durch die aber das Erscheinen der Abendausgabe der „Freiheit“ verzögert wurde, kam eine Einigung zustande, die aber die endgültige Ent- scheidung über die Lohnforderung um einige Tage ver- tagt.

Wir haben durchaus volles Verständnis dafür, daß die Stereo- typuren die günstige Konjunktur in ihrem Gewerbe auszunutzen suchen. Ihre Lohnverhältnisse sind keinesfalls günstig. Wir können es jedoch nicht verstehen, daß sie dabei ihren Hauptstoß gegen denjenigen Betrieb richten, der ohnedies weit höhere Löhne zahlt als alle gleichartigen Unternehmungen. Besonders ist ferner die geringe Rücksicht auf ein Arbeiterunternehmen, durch das wiederum das Erscheinen der „Freiheit“ in Frage gestellt wurde, trotzdem bei früheren Konflikten die ausdrückliche Zusage gegeben worden ist, daß durch solche Verhandlungen der un- gestörte Fortgang des Betriebes nicht beeinträchtigt werden soll.

Ueberflüssige Verdächtigungen

Ueber die Bekämpfung der Münzverbrechen und Ursachen des Banknotenschwundes brachte Herr Kriminalkommissar v. Plebesmann einen sehr interessanten Artikel vor einigen Tagen in der „Berliner Tageblatt“.

In diesem Artikel sind jedoch bezüglich der Einstellungen von Arbeitskräften in der Reichsdruckerei Schlussfolgerungen gezogen, die unter keinen Umständen unwidersprochen bleiben dürfen.

Herr v. P. sagt, der Arbeiterkamm war früher klein, die Ar- beitsstelle vererbte sich vom Vater auf den Sohn, die Beschäfti- gung in der Reichsdruckerei war eine Empfehlung, der letzten Schande gemacht wurde. Es sei ein gutes Zeichen für den Geist, der noch in der Reichsdruckerei walte, daß noch in seinem Falle das dort verwaltete Material von Gelddruckplatten und Bank- notenpapier zu Fälschungen mißbraucht worden wäre. Dann wird weiter gesagt, es sei ein Unglück und mühte sich früher oder später rächen, daß die Direktion keinen maßgebenden Einfluß auf die Auswahl des Personals mehr hat. Mit dem Einstellen durch den Arbeitsnachweis müsse unter allen Umständen gedrohen werden, der Brunnen zugedeckt, ehe das Rind hineingefallen ist.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Was dem Manuskript übertragen von Hermann J. J. Müller Copyright by Der Malli-Verlag Berlin-Dahlemer 1921

(62. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Henry Clay Burhard stammte aus dem Süden, hatte eine Verebbarkeit, die seit langem unmodern war. Er trug das schwere schwarze Haar etwas länger als üblich, betrat er die Tribüne, so pflegte er die Hände auszuschüttern, mit vor Rüh- rung bebender Stimme zu sprechen: „Die Damen, Gott segne sie.“ Ober: „Ich bin ein Freund des schlichten Man- nes. Mein Herz schlägt in Sympathie mit jenen, die das wahre Rückgrat Amerikas sind: die Arbeiter im Geschäft und auf der Farm.“ Dann applaudierten die Mitglieder der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikanten- Vereinigung, schickten für die Wahlkampagne dieses Freun- des des schlichten Mannes große Checks. Herrn Burhards Gehilfe, Herr Stannard, war ein juristischer Fuchs, der seinem Vorgesetzten lehrte, was er tun und wie er es tun sollte, ein vertrockneter kleiner Mann, der einem Bücher- wurm glich, einen mit scharfen Augen durchbohrte, mit juridi- schen Papieren durchstach. Er tat dies auf eine freundliche Art, scherzte in der Mittagspause, nahm an, man begreife, daß alldies zum Geschäft gehöre und nicht böse gemeint sei.

75.

Die beiden Männer lauhten Peters Erzählung, korri- gierten sie etwas, hörten sie dann noch einmal an und er- läuterten sich damit zufrieden. Peter lehrte in sein Hotel zu- rück, wartete pochenden Herzens auf die Stunde, da er auf der Bühne erscheinen sollte. Als er in den Gerichtssaal ge- führt ward, zitterten seine Knie, doch behagte ihm das Ge- fühl unsäglicher Wichtigkeit: hatte er doch eine Leibgarde von vier starken Männern und sah eifrige Späher auf den Korridoren sowie unter dem Publikum. Der ganze Saal war voller Leute, die mit den roten Sympathiserten, doch waren diese alle vor ihrem Eintritt durchsucht worden und wurden unentwegt beobachtet.

Als sich Peter auf die Zeugenbank setzte, war ihm zumute, wie es Tom Duggan und Donald Gordon zumute gewesen sein mochte, da ihnen in jener Nacht das grelle Licht von dreißig oder vierzig Automobilen in die Augen schlug. Peter fühlte den konzentrierten Haß von etlichen hundert

Roten. Bisweilen brach die zurückgedämmte Wut aus, protestierendes Murren erhob sich, höhnisches Lachen, dann schlug der Gerichtsdiener mit seinem Holzhammer auf den Tisch, der Richter erhob sich halb von seinem Stuhl, erklärte, er werde, falls dies noch einmal vorkäme, den Saal räumen lassen.

Unweit von Peter saßen an einem langen Tisch die sieb- zehn Angeklagten. Sie gemahnten an in einer Halle ge- langene Ratten, ihre vierunddreißig Rattenaugen hasteten an Peters Gesicht, wandten sich keine Sekunde davon ab. Peter blinnte ein einziges Mal zu ihnen hinüber; sie steiften die Rattenzähne, und Peter schaute rasch wieder fort. Er sah auch noch ein anderes Antlitz, das ihm keinen Trost brachte. In dunkigen weißen Chiffon gehüllt Frau Gott, die großen blauen Augen auf ihn gerichtet, voller Vorwurf und Bekümmern. „O, Herr Gudge“, schienen die blauen Augen zu sagen. „Wie können Sie? Herr Gudge, ist dies Friede... Gerechtigkeit... Wahrheit... Geseh?“ Peter erkannte schmerzlich, er habe sich für immer vom Olymp, von der Veranda, dem weichen Stuhl mit dem Seidenfäden ab- geschnitten. Er wandte sich der Geschworenenbank zu, wo die männlichen und weiblichen Geschworenen saßen. Eine alte Dame lächelte ihn wohlwollend an, ein junger Farmer blinzelte ihm schlau zu. Peter fühlte, dort habe er Freunde — und schließlich kam in der Verhandlung alles auf die Ge- schworenen an. Gegenüber dem erhabenen Gerichtshof war Frau Gott ebenso ohnmächtig wie irgendein J. W. W.

Peter machte seine Aussage, dann erfolgte das Verhör. Und wer verhörte ihn? — David Andrews, verbindlich, scherzend und mörderisch. Peter hatte stets Andrews gefürch- tet; er kroch schier in sich selbst hinein. Niemand hatte ihm gesagt, daß ihm etwas Derartiges bevorstehe. Niemand hatte ihm gesagt, Andrews werde ihn über alle Details der angeblich von ihm miterlebten Verbrechen ausfragen, über die erlauchten Gespräche, darüber, wer anwesend gewesen war, und dergleichen mehr. Zwei Dinge retteten Peter, das Schnellfeuer von Einwürfen, das Stannard losließ, um Peter Zeit zur Ueberlegung zu geben, und Stannards guter Rat: „Sie können immer etwas völlig vergessen haben.“ Peter wiederholte ein Gespräch mit Alf Guinness betrefens der Brandlegung, hatte aber völlig vergessen, wer bei diesem Gespräch zugegen gewesen, was noch gesagt und wann das Ganze gewesen sei.

Dann kam die gebenedeite Mittagspause, die Peter er- möglichte, sich neu zu wappnen, bevor die Verhandlung wieder begann. Stannard fragte ihn aus, stützte alle Lücken seiner Aussage. Abermals vergaß Peter gewisse Dinge zur

rechten Zeit und entging so den Fassen, die ihm Andrews stellte. Es wurde ihm mitgeteilt, er habe sich „gut gehalten“, er wurde im Triumph ins Hotel de Soto zurückgeführt, verweilte dort eine Woche, während die Verteidigung einen Versuch machte, seine Aussagen zu entkräften. Peter las in der Zeitung die langen Reden des Distriktsanwaltes und dessen Gehilfen, die Peter als Patrioten feierten, der sein Land vor den „inneren Feinden“ schütze, auch las er einen kurzen Bericht über David Andrews „Tirade“, der Peter eine „Ratte“, einen „seigen Judas“ genannt hatte. Dies bekümmerte Peter nicht, er wußte, es gehöre dazu, und Schimpfen ist stets ein Zeichen von Ohnmacht.

Peinlicher berührte Peter ein Brief von Frau Gott, den er am gleichen Tage las. Der Brief war nicht an ihn adressiert, doch sah er Hammett und einen anderen Späher über etwas lachen und fragte, was es gebe. Sie erzählten, Frau Gott habe irgendwie alles über Guffey erfahren, ihm einen Brief voller Insulten geschrieben, und Guffey sei wütend. Auf wappengeschmücktem, teurem Briefpapier hatte die olympische Mutter mit ihrer schönen mädchenhaften Hand- schrift ihre Ansicht über Geheimagenten und jene, die sie dängen, ausgedrückt.

„Ihr hofft da, wie eine große Spinne, webt Rehe, um Menschen einzufangen und zu vernichten. Ihr vernichtet sowohl Euere Opfer wie Euere Werkzeuge. Der arme Junge, Peter Gudge, den Ihr in mein Haus landet — das Herz blutet mir, wenn ich an ihn denke und an das, was Ihr mit ihm getan habt. Er ist ein klägliches, schwachgeistiges Opfer der Habgucht, der in ein Spital für verkrüppelte Seelen ge- hört. Ihr habt ihn eingefangen, ihm eine gemeine Aus- sage gelehrt, damit Ihr ehrliche Idealisten ins Gefängnis werfen könnt.“

Dies genügte. Peter legte den Brief fort, er wird solchem Widsinn nicht die Ehre antun, ihn zu lesen. Abermals be- schäftigte Frau Gott seine Gedanken. Eine derart mächtige, einflussreiche Frau war weit gefährlicher, als die siebzehn J. W. Ws., die vors Gericht gezerrt worden waren. Peter erfuhr, Guffey sei in dieser Angelegenheit bereits bei Neffe Adernann gewesen, dieser habe Herrn Gott aufgesucht, und Herr Gott habe mit seiner Gattin eine Unterredung gehabt. Die „Times“ hatte Frau Gotts olympischen Palast ein „Nest des Bolschewismus“ genannt, Frau Gotts Freunde kon- soltierten ihre Einladungen — Frau Gott wurde also für ihre Frechheit gegen Peter gestraft.

(Fortsetzung folgt.)

Diese Ausführungen bedeuten nicht nur eine sehr schwere Belastung des vom Arbeitsnachweis übermittelten Personals, einen Eingriff eines Außenstehenden in Abmachungen zwischen Direktion und Arbeitervertretung, sondern sie zeigen auch eine absolute Unkenntnis der Vorgänge bei Einstellungen des Personals. Schon der Widerspruch in dem Artikel muß auffallen. Der Verfasser behauptet, daß noch kein Platten- und Papiermaterial zu Fällungen mitbenutzt worden sei. Ein glänzendes Zeugnis für das zum größten Teil vom Arbeitsnachweis vermittelte Personal. Warum spricht denn Herr v. D. Zukunftsverhältnisse an?

Es dürfte doch dem Herrn Kriminalkommissar hinreichend bekannt sein, daß selbst die Herkunft aus Beamtenfamilien keinerlei Gewähr bietet, daß mal ein Kind in Versuchung kommt, also in den Brunnen fällt.

Es sei nur an die Diebstähle an der Eisenbahn und Post (siehe Postamt 54, Fall Antoch) erinnert, wo langjährige Beamte in Frage kommen. Auch dürften sich die Älteren Leute des Palles Grünthal, kaiserlichen Oberfaktor in der Reichsbankerei, im Innern, der doch sicher nicht vom Arbeitsnachweis kam.

Es wird deshalb niemand einfallen, zu sagen, die Beamten im allgemeinen eignen sich nicht für Vertrauensposten. Bei Einstellung in der Reichsbankerei wird ein polizeiliches Führungszeugnis verlangt, demzufolge können nur Personen von makelloser Führung beschäftigt werden. Die Weitervererbung von Arbeitsstellen in der Verbandschaft verurteilt man immer mit Recht als Vorkriegswirtschaft, die nun durch die Arbeitsnachweise ausgetauscht ist.

Bei den Spielen ertranken in das 5. Jahre alte Söhnchen Kurt des Drehters Reinhold aus der Lehrtor Straße 23 b. Der Kleine tummelte sich mit dem gleichaltrigen Kurt Weber, einem Spielkameraden aus dem Hause am Nordhafen. Beide fielen ins Wasser. Während es gelang, den kleinen Weber zu retten, ging Reinhold unter und ertrank. Abends um 7 Uhr wurde seine Leiche gefunden.

Gewerkschaftliches

Buchbinder

Wir weisen nochmals die Genossen, die dem Buchbinder-Verband angehören, bei der Stellungnahme zur Urwahl, die morgen, Sonnabend, stattfindet, darauf hin, daß der Aktionsausschuß der UGV die Genossen verpflichtet, alle 3 Moskauer Anträge mit

Nein

zu beantworten.

Tarifverhandlungen in der Berliner Metallindustrie

Vom Ufa-Bund wird uns geschrieben:

Unter dieser Spitzmarke bringt die Zeitung „Der Deutsche“ in ihrer Nummer 42, vom Sonnabend, den 21. Mai d. J., eine Mitteilung, wonach der Ufa-Bund einem Vergleich zugestimmt habe, der eine Herabsetzung der Tarifgehälter bis zu 40 % monatlich vorsehe. Selbst dem Arbeitgeberverband sei diese Zustimmung unverständlich erschienen. Dies geht nämlich daraus hervor, daß der Verband Berliner Metallindustrieller die endgültige Annahme des Vergleiches von der Zustimmung des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltenvereine abhängig macht.

In der Note wird auf den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, der ja auch der Einigkeit ist, hingewiesen. Dieser hält es für unglücklich, sich mit einem Gehaltsabbau einverstanden zu erklären und findet es unerhörl, daß der Ufa-Bund unter diesen Umständen seine Zustimmung zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage gegeben hat.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so:

Ein am 21. Dezember 1920 gefällter Schiedsspruch brachte nur einem bestimmten Teil der kaufmännischen und technischen Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie Lohnerhöhungen. Die in den Ufa-Verbänden organisierten Angestellten nahmen diesen Schiedsspruch nur mit schwaacher Begeisterung an, weil seitens des Schlichtungsausschusses die jugendlichen Angestellten, außerdem aber auch die Arbeiter, Kassendoten, Kontroll- und einige Bureauangestellte nicht bedacht waren.

Der Ufa-Bund kündigte das gefällte Gehaltsabkommen zum 25. Februar 1921. Direkte Verhandlungen mit dem U. S. M. J. kamen nicht zustande, deshalb füllte der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, nach vorangegangenen Anruf, unter dem 19. März 1921 einen Schiedsspruch, nach welchem alle Angestellten, die im Dezember leer ausgegangen waren, Lohnerhöhungen erhalten sollten. Trotzdem seitens des U. S. M. J. drei Herren, welche Mitgliedsfirmen vorgenannter Organisation angehören, Arbeitgeber-Beisitzer waren, führte die Unternehmer-Organisation den Schiedsspruch ab. — Es erfolgte später ein Vernehmlichspruch des U. S. M. J., welcher den Schiedsspruch vom 19. März 1921 in den wesentlichen Punkten anerkennt. Nur bei den Gruppen Cb und Co soll für die weiblichen Bureauangestellten, Kassendoten, Förstner und Kontrollbeamten der jeweilige Lohn bestehen bleiben. Der U. S. M. J. wünscht dagegen für erst. Neueinstellungen vorgenannter Gruppen eine Entlohnung nach den Arbeiterlöhnen, und zwar, weil in dem Arbeitertarif für ähnliche Angestellte niedrigere Löhne festgelegt sind.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband brüstete sich bisher mit dem Abstimmungsresultat seiner Funktionäre anlässlich des gefällten Schiedspruches vom 21. Dezember 1920, d. h. der Gut von Funktionäre des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes habe vorgenannten Schiedsspruch abgelehnt. Nur weil der große Ufa-Bund dem Schiedsspruch zugestimmt habe, sei er gezwungen gewesen, den Schiedsspruch ebenfalls anzuerkennen. Konsequenz enthält dieser Behauptung also nicht. Anzuzeigen der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in der Groß-Berliner Metallindustrie unter Hinausziehung seiner Lebensgefährtin, des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten, nur ein Leiches sein würde, wie er vorgibt zu sein, hätte es ihm ein Leichtes sein müssen, den einmal eingegangenen Standpunkt der Ablehnung aufrecht zu erhalten. Aber die reine Organisation der Deutschnationalen Handlungsgehilfen hat noch nie nachgewiesen, daß sie versteht, Gewerkschaftspolitik zu treiben, denn sonst hätte sie genau wie der Ufa-Bund für die jugendlichen und anderen Angestellten genügend Solidaritätsgefühl aufbringen und den Gehaltssturz im Januar ebenfalls abwenden müssen.

Das Mandat dieser Kauf-Gewerkschaft ist zu durchschauen, um selbst bei ganz unglücklichen Gemütern irgendein Erfolg zu erzielen, denn derartige Stimmungsmachen durch Pressenotizen, wie sie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband bringt, helfen nichts weiter als Verunsicherung her. — Man laßt Dumme — als Mitglieder! Die Reihe der 49 000 getrickelten Papierfaldaten soll aufgefällt werden!

Bundestagung der Gefängnis-Aufsichtsbeamten

In dreitägigen Verhandlungen beschäftigten sich die Aufsichtsbeamten und -beamtinnen der Gefängnisse, Strafanstalten und Erziehungsanstalten mit den großen Fragen ihres Schicksals und zumal in letzter Zeit so verantwortungsvollen Berufs. Sowohl das preussische Justizministerium wie das preussische Ministerium des Innern hatten Vertreter entsandt, und die Leiter der größten Gefängnisse Deutschlands waren entweder persönlich erschienen oder durch obere Beamte vertreten. Besprechend ist es, daß auch auf diesem Gebiet des Strafvollzugs die Beamten sämtlicher deutschen Länder sich aus dem Bedürfnis der Vereinigung heraus bereits zu einem großen Bunde vereinigt haben und einen einheitlichen Strafvollzug in ganz Deutschland verlangen. Dabei ist es allgemeiner Wunsch, daß die Überwachung des Strafvollzugs unbedingt von der Staatsanwaltschaft auf eine andere Be-

hörde übertragen werden müßte. Ueber die Ausbildung der Gefängnis- und Strafanstaltsaufsichtsbeamten und -beamtinnen sprach eingehend Strafanstaltslehrer Mertens-Kassel. Es herrschte Einigkeit darüber, daß mit dem Hilfsbeamtenwesen endlich gebrochen und nicht jede heftige Verdonnerung weiterer mit der Gefangenenerziehung und ihrer Erziehung bestraunt werden dürfe, sondern daß dazu unbedingt eine Hochschulbildung erforderlich sei. Sehr bezeichnend für den in der Justizverwaltung noch heute herrschenden Geist war die Tatsache, daß die Delegierten beschloffen, in dem später erscheinenden Bericht über den Bundestag sollen die Namen der Redner nicht angegeben werden, damit keine Maßregelungen möglich sind. Von den zahlreichen Klagen über die Abwesenheit der Beamten seien nur einige erwähnt: Unter 59 Aufsichtsbeamten der Strafanstalt Spandau befinden sich nicht weniger als 50 Hilfsbeamte, die mit einem Monatsgehalt von 700 M. eine Familie ernähren und Besoldungsversuchen widersprechen sollen. Besonders merkwürdige Zustände wurden von der Thüringischen Anstalt Benninghausen berichtet. So sind dort zwei ganz jugendliche Kassenbeamtinnen von 16 Jahren als Aufsicht für Prostituierte bestellt.

In einer Resolution wird die Befreiung des Hilfsbeamtenwesens und eine tarifliche Entlohnung verlangt. Nach Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Theile Berlin fand die Tagung ihren Abschluß.

Keine Entlassungen städtischer Arbeiter

Berliner Stadtverordneten-Versammlung

Im Mittelpunkt der gestrigen Stadtverordnetenversammlung standen wieder Debatten, die aus der Not der Zeit geboren sind. In erster Linie war es der Straßenhandel, der es den bürgerlichen Parteien, vor allem den Demokraten, angetan hatte. Sie benutzten die Gelegenheit, um sich als Retter des Mittelstandes aufzuspielen. Eine längere Debatte erforderten die Anträge unserer Fraktion sowie der Kommunisten betreffende die Entlassung städtischer Arbeiter und Angestellten. Genosse Dettmer wies in geschickter Rede nach, daß der Magistrat die tariflichen Rechte der Arbeiter mißachte. Klar und deutlich gab er zu erkennen, daß eine Bezahlung unproduktiver Arbeit nicht verlangt werden kann, wohl aber sei es Pflicht des Magistrats, alles zu tun, um das Heer der Arbeitslosen nicht unnötig zu vermehren. Zur Vermeidung unnötiger Entlassungen forderte er eine Ausgleichsstelle, die darüber wachen soll, daß ein gerechtes Verschiebung der Kräfte stattfindet, damit auch wirkliche produktive Arbeit geleistet wird.

Der Kammerer benutzte diese Gelegenheit, um auf die schlechte Finanzlage der Stadt Berlin hinzuweisen.

Sitzungsbericht

Zwei Anträge gleicher Tendenz der Stadt. Dr. Wegl (U.S.) und Heymann (S.P.D.) beziehen sich auf die Aufbesserung der Bezüge der Alt-Pensionäre der Großen Berliner Straßenbahn und gehen an einen Ausschuß.

Ein Antrag Heymann u. Gen. (S.P.D.) betr. die in den Kindergarten an den städtischen Fach- und Fortbildungsschulen nebenamtlich beschäftigten Lehrkräfte, wird angenommen.

Die Vorlage des Magistrats, betr. die Festsetzung der Fretzhausgebührensätze, wird von dem vordrattenden Ausschusse zur Annahme empfohlen. — Ein Antrag Dr. Steilniger und Koch (Dn.) hält nur die Aufstellung gewisser Richtlinien für angängig, die jedoch den einzelnen Bezirksversammlungen zu unterbreiten seien. — Nach kurzer Besprechung wird die Vorlage angenommen.

Bei einer Erörterung des Straßenhandels beantwortet zunächst Stadtrat Rante eine Anfrage des Stadts. Dr. Wegl u. Gen. (U.S.) bezüglich des Straßenhandels mit geschütztem Sped. Es handele sich um amerikanischen Sped. Dieser Handel wird durch den Polizeiarzt kontrolliert. Stadts. Kocian (Dem.) begründet einen Antrag Dooe und Genossen: den Magistrat zu ersuchen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Verhältnisse des Straßenhandels zu befeitigen.

Genosse Stadts. Zimmermann: Es ist vollständig widersinnig, die Kollage weiter Kreise, die aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage entstanden ist mit Vollzeilmahnahmen zu bekämpfen. Schuld tragen auch die Behörden, die nicht durch Aussprache mit den Händlerorganisationen die Mißstände zu befeitigen suchten. Da man auch die Kriegs- und Schwertkriegsbedingten von der Straße verbannen will, sollte man vielmehr die Reichs- und Staatsregierung veranlassen, endlich ihre Pflicht gegen diese Kermeln der Armen zu erfüllen. Es ist ja z. B. notwendig, die Spielhöllen am Kurfürstendamm auszuräumen, das Kollier zu beschlagnahmen, und Wohnungslose in diese Räume hineinzulegen.

Kammerer Karding: Die Glückspielautomaten zahlen nicht 35, sondern 75 Pfg. täglich Luxussteuer, also monatlich 20 M. Das entspricht dem Satz der letzten Steuerordnung. Anderwärts hat man die Sätze so hoch gesteuert, daß die Automaten verschwinden. Sobald die Luxussteuerordnung die städtischen Körperlichkeiten wieder beschäftigen wird, werde ich eine Erhöhung beantragen.

Stadts. Kowepel (Komm.): Der Straßenhandel hat vielfach ein Gegengewicht gebildet gegen die Ausbeutung des Publikums durch profitiertere Geschäftsleute.

Stadts. Koeder (W. G.): Meine Freunde stimmen dem Antrage Merten zu.

Stadts. Ewald (S. P. D.) ist von der Antwort des Stadtrats Rante bezüglich des Handels mit Sped nicht befriedigt. Es genügt nicht, daß der Sped an der Grenze untersucht wird, denn es wird viel eingeschmuggelt. Seine Freunde stimmen dem Antrage Dr. Wegl und Gen. zu, der dahin geht: den Magistrat zu ersuchen, geeignete Maßnahmen gegen die Auswüchse des Straßenhandels unter Mitwirkung der Organisation der Straßenhändler zu treffen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Merten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Angenommen wird der Antrag Dr. Wegl, der auch noch dahin geht, daß Maßnahmen gegen die Spielhöllen ergriffen werden. Ferner wird ein Antrag Merten angenommen, wonach der Magistrat ersucht werden soll, die Spielautomatensteuer auf 30 M. pro Tag zu erhöhen. Es folgt die Angelegenheit der

Arbeiterentlassungen.

Hierzu liegen Anträge der Stadts. Gabel (Komm.) und Dr. Wegl (U. S. P.), vor.

Der Antrag Dr. Wegl wendet sich gegen die Kündigung sämtlicher Kräfte der Bezirksfahrlentstellen. Im Falle drohender Betriebsstörungen ist zunächst von allen Betrieben und Verwaltungseinheiten eine partielle zusammengeleitete Ausgleichsstelle in Anspruch zu nehmen. Diese Stelle hat unter strenger Beachtung der Verordnung des Demobilisierungskommissars vom 12. Februar 1920 die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Stadts. Dör (Komm.) begründet den Antrag Gabel unter heftigen Angriffen gegen das Vorgehen des Magistrats. Bei der Straßenbahn seien so viel Arbeiter an den Schienen und an den Wagen zu leisten, daß im Gegenteil noch mehr Arbeiter eingestellt werden sollten. Die Massenentlassungen in den Bezirksfahrlentstellen verstoßen gegen das Mitbestimmungsrecht des Tarifvertrages.

Stadts. Genosse Dettmer

weist auf die schwere Krise hin, in welche die Straßenbahn durch die Profitwirtschaft während des Krieges geraten ist. Wir sind sicherlich nicht der Ansicht, daß der Magistrat nur Leute behalten

Mitteltransportbranche. Alle Kollegen unserer Branche, Betriebsräte, Vertrauensleute, Obleute, sowie Fahrer, Aufsicher und Arbeiter, werden ersucht, scharfe Kontrolle über unsere Streikliste auszuüben. Ueberall, wo sich in den Betrieben fremde Kollegen zur Arbeit melden, muß der Streiklisten erst vorgezeigt werden. Des weiteren wollen wir darauf hin, unsere arbeitslosen und nichtangestellten Kollegen bei Arbeitsverteilung zu berücksichtigen und ebenfalls der Geschäftsleitung Fingerzeige zu geben, indem mehr Kollegen bei größerer Umzügen eingestellt werden. Auch machen wir darauf aufmerksam, nur in ganz ungedrungenen Fällen Ueberstunden zu leisten. Trachten wir alle danach, so wird ein ganzer Teil unserer arbeitslosen Brüder beschäftigt und von seiten der Arbeitgeber zur Arbeit eingestellt werden. Außerdem muß es unsere Aufgabe sein, in allen Betrieben die Kontrolle der Verbandsbücher regelmäßig durchzuführen. Bei Neueinstellung von Kollegen muß sofort auf die Verbandszugehörigkeit geachtet werden. Kein Kollege in unserer Branche darf als Unorganisiert arbeiten. Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten und danach zu handeln. Die Branchenleitung für Möbeltransport.

Erwerbslose Drücker! Heute, Freitag, mittags 12 1/2 Uhr, im Sitzungssaal, Antienstraße 83-85, Auszahlung der Arbeitsunterstützung.

Gewerkschaftsbibliothek. Die Sitzung der Gewerkschaftsbibliothek führt im Mai und Juni aus. Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

soß, um sie zu bezahlen. Auf der anderen Seite soll das Heer der Arbeitslosen nicht unnötig vermehrt werden. Unser Redner geht dann auf die Verfügung des Magistrats ein, die unter Mißachtung der Tarifverträge die Kündigung veranlaßt. Nicht Oberbürgermeister Koch ist der Schuldige, sondern ein großes Dienstvergehen eines Beamten liegt vor, und zwar desselben Beamten, der gesagt hat, hier kann man ein Experiment versuchen. Der in Frage kommende Dezerent hat zwar die Kündigung rückgängig gemacht. Trotzdem bleibt bestehen, daß der Magistrat hier eine grobe Mißachtung der Arbeiterrechte gezeigt hat. Redner weist dem Magistrat einige Fälle von Tarifbrüchen nach und geht auf den Schiedsspruch vom Februar 1921 ein, dessen Durchführung der Magistrat bisher verhindert hat. Das vorhandene Mißtrauen gegen den Magistrat wird durch diese Handlungswelle erweitert. Der Magistrat hält es nicht für notwendig, auf Schreiben zu antworten. Erst am 6. April hat der Magistrat die Richtlinien, die er im September erhalten hat, zurückgeliefert, mit der Mitteilung, daß diese abgelehnt sind. Dann geht der Redner auf die Entlassungen ein, die sich durch Arbeitsverteilung vermeiden lassen. Er weist nach, daß an verschiedenen Stellen noch Ueberarbeit geleistet wird. In den Verwaltungsbezirken sind wichtige Arbeiten gestrichen worden aus Sparlichkeit, andererseits sind aber beim Schlaucht- und Viehhof neue Stellen geschaffen worden. Wir fordern deshalb die Schaffung einer Ausgleichsstelle, der Gesamtbetriebsrat hat schon neue Vorschläge unterbreitet. Da die Kündigungen inzwischen rückgängig gemacht sind, wird der erste Teil des Antrages Wegl zurückgezogen.

Magistratsvertreter Stadtrat Brühl: Die heftigen Angriffe gegen den Magistrat und besonders den Herrn Oberbürgermeister, die in letzter Zeit erhoben worden sind, haben sich nach den Unterstellungen als vollkommen unbegründet erwiesen (Zuruf links: das sagen Sie doch bloß als Stadtrat!). Typisch ist der Fall der Kündigungen im Kollieramt.

Der Leiter des Dezernats, Stadtrat Schlichting, hat mit Zustimmung des Betriebsrates die Leute herausgeholt, die für die Kündigung in Betracht kommen. Der Betriebsrat hat dann aber gegen die Abrede gehandelt. Im übrigen gehen schon heute alle Leute, die gekündigt werden, an die Ausgleichsstelle, und er könne versichern, daß alle Gefährdeten bis auf sechs inzwischen schon in andere städtische Verwaltungseinheiten untergebracht worden sind. Daß der Schiedsspruch vom Februar noch nicht durchgeführt sei, liege an einigen unklaren Punkten, über die erst Entscheidung herbeigeführt werden mußte, nicht am bösen Willen des Magistrats (Wachen links und höhnende Zurufe von der Tribüne). Redner teilt schließlich noch folgendes mit:

Nachdem der Untersuchung der Tarifdeputation des Magistrats für Lohn- und Tariffragen heute vormittag mit den Vertretern des Hauptvereins der städtischen Arbeiter eine Vereinbarung über diejenige Betriebe der städtischen Verwaltung getroffen wurde, welche als die sogenannten technischen Betriebe angesehen werden sollen und deren Angehörigen daher auf Grund des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin der Zugang für erwerbslose Arbeiter von 10 Pfg. je Stunde gestattet werden soll, ist der Magistrat in einer außerordentlichen Sitzung dieser Vereinbarung beigetreten. Danach wird ein großer Teil der städtischen Betriebe als technische Betriebe anerkannt, darunter fast in vollem Umfange die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Somit die Anerkennung nicht erfolgt ist, soll der Schlichtungsausschuß um Entscheidung ersucht werden. Der Stadtverordnetenversammlung soll eine kleine Anzahl Vorlage zwecks Bewilligung der notwendigen Mittel zugehen, die jährlich rund 10 Millionen betragen dürften. Die Zahlung der Zulage soll für die rückwärtige Zeit seit dem 1. November 1920, dem Tage der Gültigkeit des jetzigen Lohnvertrags, nach der Bewilligung sofort erfolgen.

Oberbürgermeister Koch (von der Tribüne mit Hohnrufen begrüßt) erklärt, daß er bedauere, daß gegen einen Beamten, der eine Verfügung unterzeichnet habe, Angriffe gerichtet werden. Die Verantwortung trage selbstverständlich der Dezerent.

Kammerer Karding: An sich ist eine städtische Verwaltung nicht berechtigt, Angestellte zu entlassen, um Ersparnisse zu machen. Anders liegt es aber, wenn sie dazu gezwungen wird. In den städtischen Gaswerken ist ein Kapital von 300 Millionen Mark festgelegt. Goldmark! Der Voranschlag 1921 beträgt ein Defizit von 20 Millionen, dessen Deckung allein durch Steuern möglich sein kann. Das ist ein unmöglicher und untragbarer Zustand. Unsere Gaswerke brauchen nicht schlechter arbeiten als die anderen Städte. Nach der Zusammenlegung der Betriebe ist die Möglichkeit der Wirtschaftlichkeit geboten. Wir kommen aber nicht hinweg über die übermäßige Belastung durch persönliche Ausgaben. Es hat etwas sehr Anspornendes, daß zur Verhinderung von Entlassungen zweckensprechende Verteilung von genommen werden soll.

Wir werden die Tarife erhöhen müssen. Ob aber die Allgemeinheit nach Kenntnis dieser Dinge dafür Verständnis haben wird? Der Vorteil des einzelnen muß zurücktreten vor dem Allgemeinwohl. Das ist das kleinere Übel (Wessall und Darm linta Schimpfwoyts von der Tribüne).

Stadts. Jolian (Dn.): Es handelt sich gar nicht darum, daß wir Arbeiter entlassen wollen, sondern unter dem Druck der Verhältnisse entlassen müssen. Tatsache ist doch, daß in der städtischen Betriebe 5000 Arbeiter zuviel sind, die den Stadtkasse schmerz belasten.

Stadts. Dr. Dooe (Dem.) stellt sich auf den Standpunkt, der der Kammerer vertreten hat, befürchtet den Antrag Gabel als ganz unannehmbar und hält den Antrag durch die Ausführungen des Stadtrats Brühl für erledigt.

Stadts. Dr. Caspari (D. Vp.) wendet sich gegen den Gegenstand, den der Kammerer zwischen Alt-Berlin und den Vorortern geltend gemacht habe und spricht sich gegen den Antrag Gabel und den Antrag Wegl aus.

Nachdem noch Stadts. Heilmann (S. P. D.) und Frau Ehrler (S.) gesprochen, wird zunächst der Antrag Gabel abgelehnt. Angenommen wird der Antrag Dr. Wegl und Genossen betr. die partielle Ausgleichsstelle und der Antrag für Schwarzarbeiter in technischen Betrieben von 10 Pfg. pro Stunde.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird die Versammlung um 10 Uhr wegen Schlußunfähigkeit geschlossen.